

Abstract - Momentum Kongress 2022

Dr. Christoph Freydorf - Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung (Koblenz, Deutschland)

Geld als Gestaltungsmittel einer sozialökologischen Transformation

Wichtige Aspekte einer sozialökologischen Transformation sind die zweckmäßige Gestaltung des offiziellen Zahlungsmittels sowie der (über Geld vermittelten) Anrechte auf Verbrauch natürlicher Ressourcen resp. Senken (insbes. Emission von Treibhausgasen).

Geld ist grundsätzlicher Teil der Infrastruktur unserer Wirtschaft, sowohl der Organisation der arbeitsteiligen Wertschöpfung als auch der individuellen Verfügung über diese Wertschöpfung. Wie die Wirtschaftsweise selbst unterliegt Geld einem Wandlungsprozess, dabei wird es geprägt von den sich verändernden politischen und ökonomischen Verhältnissen sowie den jeweiligen technischen Machbarkeiten. Heute richtet sich die Gestaltung von Geld überwiegend nach staatlichen und wirtschaftsförderlichen Interessen (u. a. jüngste Pläne zur Einführung eines Digitalen Euro) oder aber kommerziellen (u. a. Zahlungssysteme großer Konzerne, wie Paypal, Apple Pay etc.) bis hin zu überwiegend spekulativen Interessen (u. a. Kryptowährungen). Dass Geld ebenso nach sozialen und ökologisch nachhaltigen Prinzipien ausgestaltet werden kann – und im Sinne einer dringlichen sozialökologischen Transformation auch sollte – wird derzeit nur in Nischendiskursen (u. a. zu Komplementärgeldern) und kaum systematisch untersucht.

Um das volle, und damit auch das sozialökologische Gestaltungspotenzial für Geld zu erfassen, sind zwei systematische Bestandsaufnahmen nötig: erstens zu den gesellschaftlichen Zielen und zweitens zu den technischen Möglichkeiten.¹

Erstens ergibt sich aus dem (normativ gesetzten) Ziel einer sozialökologisch nachhaltigen Wirtschaft noch keine konkrete Ausgestaltung des Geldes, sprich: was soll die monetäre Infrastruktur exakt leisten? Konkrete geldpolitische Zielstellungen lassen sich erst durch eine genaue Analyse der gesellschaftlich erwünschten Geldfunktionen und – weil nicht alle Geldfunktionen miteinander vereinbar scheinen – durch eine Abwägung von Funktionskompromissen einkreisen.

Zweitens ist der Gestaltungsraum zu vermessen, sprich: welche Bandbreite an funktionierenden Geldsystemen ist technisch möglich? Auch hierzu lässt sich grundsätzlich ansetzen: Zunächst, welche Möglichkeiten zur Steuerung von Geld stehen zur Verfügung stehen? Also, welche Arten der Emission (wie und an wen?) sowie ggf. der Remission bzw. der Entwertung (wie und von wem?) sich zu funktionierenden Geldsystem-Architekturen kombinieren lassen. Und darauf aufbauend, welche Dynamiken und Effekte diese Architekturen voraussichtlich hätten, sowohl auf den jeweils angestrebten Kompromiss an erwünschten Geldfunktionen als auch an potenziell unerwünschten Nebeneffekten. In dieser Frage prognostizieren verschiedene ökonomische Geldtheorien durchaus unterschiedliche Effekte, was systematisch gegenübergestellt werden kann.

Relevant ist die Frage der Gestaltung von Geld nicht nur für das offizielle Zahlungsmittel (wie den Euro), sondern auch bei der Herausforderung, wie die aktuell stattfindende Überbeanspruchung von

¹ Siehe hierzu Freydorf (2021): [»Klassifizierung von Geldsystemen – Methodologische Überlegungen zu einer transparadigmatischen Facettenklassifikation sowie ihrem pluralökonomischen Modellierungspotenzial bezüglich Geldfunktionen und Geldsteuerung«](#)

natürlichen Ressourcen und ökologischen Senken „gerecht“ (also individualisiert) auf ein nachhaltiges Maß eingeschränkt werden kann.

Denn: Eine generelle Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen kann (den politischen Willen vorausgesetzt) relativ zentral gemangt werden. Nämlich durch eine harte Begrenzung des Abbaus fossiler Energieträger an den Förderorten (Öl- und Gasfeldern, Kohleflöze etc.) sowie durch entsprechende Auflagen für die größten Einzel-Emittenten (Kraftwerke, Großindustrie, Schifffahrt, Flugverkehr etc.) und entsprechende Zulassungsstandards für Immobilien und Transportvehikel. Darüber hinaus besteht jedoch die Herausforderung, in welcher Weise zielgerichtet individuelle Anrechte an den verbleibenden natürlichen Ressourcen und Senken zugeteilt werden sollen.

In der Logik einer Marktwirtschaft liegt nahe, fossile Energieträger schlicht zu verteuern (sei es über die Einpreisung der negativen Folgen ihres Verbrauchs oder eine künstliche Verknappung) und dann den Preiseffekten des Markts die Allokation zu überlassen (also den individuellen Zugang bzw. Verbrauch je nach Geldbeutel). Angesichts bereits sehr ungleich verteilter Geld- und Sachvermögen wären jedoch unerwünschte Verteilungseffekte absehbar: Eine für den Klimaschutz ausreichende Verteuerung würde bei den Ärmeren die Grundbedürfnisse (Heizen etc.) gefährden, während die Reichen ihren energieintensiven Luxuskonsum (plakativ: Yachten, Privatjets) quasi unverändert fortführen könnten. Nicht erst aus Gerechtigkeitserwägungen, sondern bereits aus Gründen der realpolitischen Chance für die Umsetzung ausreichender Klimaschutzmaßnahmen bei gleichzeitiger Erhaltung gesellschaftlicher Stabilität, würde es daher notwendig, die generell gestiegenen Preise selektiv wieder abzumildern.

Diese selektive Abmilderung von Preiseffekten wird meist bürokratisch, oft in Form individueller bzw. haushaltsbezogener Freibeträge und/oder Unterstützungsleistungen angestrebt. Die dafür nötigen Finanzmittel müssen herkömmlich durch Besteuerung erhoben werden. Problematisch an diesem Versuch einer ausreichenden staatlichen Umverteilung ist mehreres: Von den Reichen werden zu wenige Finanzmittel erhoben; zu sehen daran, dass sie ihre Einkommen und Vermögen stetig vergrößern können (über den Zustrom leistungsloser Kapialeinkünfte und aufgrund einer über die letzten Jahrzehnte immer erfolgreicher Vermeidung einer effektiven Besteuerung). Bei der Mittelschicht, die von Arbeitseinkommen abhängig und weniger mobil ist, wächst die Unzufriedenheit über die Auffassung, als eigentlich Wertschöpfende einer übermäßigen Besteuerung unterworfen zu sein. Dadurch ist das durch Besteuerung insgesamt zur Verfügung stehende Volumen nur in den wirtschaftsstärksten Ländern ausreichend zum angestrebten Ausgleich. Nicht zuletzt werden die Ärmeren zu Transferempfängern degradiert, wodurch viele Menschen diese (oft bereits zu geringe) Finanzhilfen dann nicht einmal voll in Anspruch nehmen können oder wollen. Diese Konstellation ist unabhängig von Gerechtigkeitserwägungen aktuell und absehbar erstens nicht hinreichend für die nötigen Klimaschutzmaßnahmen und zweitens eine Gefährdung für die Stabilität demokratisch-rechtstaatlicher Gesellschaftsordnungen.

Es gibt jedoch Alternative zu diesem unzureichenden Versuch (durch eine marktvermittelte generelle Verknappung sowie anschließende bürokratische Umverteilung zur Sicherung von Grundbedürfnissen) eine sozialverträgliche sowie effektive Einschränkung von Emissionen zu erreichen. Vielversprechend scheint besonders die umgekehrte Abfolge, die zunächst auf eine bürokratische Zuteilung und erst dann auf die dadurch entstehenden Marktpreise setzt. Für solche, bereits in den 2000ern entwickelte Ansätze wie „Cap and Share“ oder „Cap and Dividend“, wurde beispielsweise eine Umsetzung mit individuellen CO₂-Guthabekarten diskutiert (CO₂ hier als Treibhausgas im

weiteren Sinne verstanden). Danach bekäme jeder Mensch ein CO₂-Guthaben und müsste bei jedem Güterkauf nicht nur den Preis in Euro (für die menschliche Wertschöpfung) entrichten, sondern bekäme gleichzeitig auch CO₂-Guthaben abgezogen (entsprechend zu den durch das Gut entstehenden Treibhausgasen). Die individuellen CO₂-Guthaben könnten gleichverteilt oder individuell unterschiedlich zugeteilt werden (beispielsweise nach Bedarfskriterien, wie Heizkosten nach generellen Klimazonen resp. individuellem Immobilienbestand, oder dem bereits bestehenden gesellschaftlichen resp. individuellen Wohlstandsniveau).²

Solche Systeme der Zuteilung und individuellen Nutzung von Anrechten an natürlicher Ressourcen und Senken erlauben folglich eine präzise und effektive Steuerung – insbesondere, ob und wie stark die individuellen Anrechte von der bereits bestehenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen abhängen bleiben oder eben nach sozialökologischen Prinzipien bzw. Kriterien gestaltet werden sollen. Diese Steuerungsmechanismen von individuell zugeteilten und anschließend handelbaren Anrechte fallen in breitere Definitionen von Geld können also als ein zweites Geldsystem bzw. eine Komplementärwährung verstanden werden. Mit dem oben beschriebenen geldtheoretischen Instrumentarium können somit auch ihr funktionales Potenzial erfasst und ihre sozialökologische Ausgestaltung konzeptioniert werden.

² Siehe hierzu Freydorf (2009) »[Ordnungspolitische Überlegungen zu einer gleichberechtigten, freiheitlichen und effizienten Nutzung der natürlichen Ressourcen – Ist Privateigentum an natürlichen Ressourcen tatsächlich eine notwendige Voraussetzung für Privatwirtschaft und Markt? Kritik am liberalen Paradigma und Entwurf einer alternativen Regulierung mit gleichverteilter Ressourcen-Währung](#)«